

25.02.2009

Politischer Aschermittwoch 09

Gysi: Kein VEB Opel Politischer Aschermittwoch der LINKEN in Bayern

Klare Ansagen zum beginnenden Wahljahr gab es vom Fraktionschef der LINKEN im Bundestag bei seinem Auftritt beim politischen Aschermittwoch der bayerischen Linken. Bereits zum achten Mal gastierte das linke Aushängeschild bei der Traditionsveranstaltung in der Nähe von Passau. „Je stärker die Linke bei der Europa-Wahl abschneidet, desto sozialer und friedenspolitischer wird die Bundesrepublik“, sagte Gysi unter dem Beifall der gut 350 Zuhörer und Zuhörerinnen in Jacking. Der Vorwurf der politischen Konkurrenz, die LINKE sei antieuropäisch, weil sie vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den EU-Vertrag von Lissabon klagt, sei gegenstandslos, stellte Gysi fest. „Die anderen sind antieuropäisch, weil sie Europa so organisieren, dass Ängste ständig zunehmen.“ DIE LINKE wolle hingegen Europa so „dass die Bevölkerung sagt: Ja das wollen wir“. Man sage Ja zur EU, „die von Mehrheit der Bevölkerungen auch getragen wird, nicht nur von den Regierungen.“ Auch innenpolitisch zeige DIE LINKE Wirkung. Die Durchsetzung von Mindestlöhnen, die Verlängerung des Arbeitslosengeldes für Ältere, Steuerentlastungen für untere und mittlere Einkommen oder die Kindergelderhöhung seien eine Wirkung der wachsenden Linken. Mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen in Thüringen und im Saarland stellte Gysi fest, man dürfe sich niemals darauf einlassen, dass die SPD den Ministerpräsidenten stellen könne, wenn DIE LINKE die stärkere Partei sei. Wenn die dortigen Spitzenkandidaten der SPD dann lieber mit der CDU koalieren würden, als der Linken den Ministerpräsidenten zu überlassen, mache die SPD sich „politisch-inhaltlich unmöglich“ Auch auf die aktuelle Debatte um eine Staatsbeteiligung bei Opel ging Gysi ein: „Wir wollen den VEB Opel nicht. Wir wollen Belegschaftseigentum von bis zu 49 Prozent.“ Das sei die höchste der Form der Mitbestimmung. Dann sei die Mitbestimmung organisiert und das verändere die Bundesrepublik. Mit Blick auf die Wirtschaftskrise sei der Hauptunterschied zu den anderen Parteien die Frage: „Wer muss letzten Endes die Krise bezahlen: Wir oder die, die an der Krise verdient haben“, sagt der Fraktionschef zum Schluss seiner gut 90 Minuten langen Rede.